



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Markus Bayerbach** und **Fraktion (AfD)**

Lehrersituation analysieren – Bedarf und Mängel konsequent erfassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Entlastung von Lehrkräften an Grund-, Mittel- und Förderschulen zu ergreifen.

Diese sind:

1. Erstellung einer Übersicht über die durch einen Lehrer betreute Schülerzahl sowie des bisher nicht abgedeckten Bedarfs an Planstellen und Schulstunden. Während der Überprüfungszeit werden sowohl Arbeitszeiterhöhungen als auch Leistungskürzungen oder Zwangsurlaube ausgeschlossen;
2. Einsparung nicht benötigter Schulstunden im Lehrplan, um den Lehrern die Möglichkeit zu geben, ihre Wochenstunden effizienter zu nutzen;
3. Entbindung von Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben;
4. die fallbezogene Beschulung durch externe Schulkräfte in den Fächern Religion und Musik;
5. die kurzfristige Behebung von Engpässen durch Reaktivierung älterer Kollegen und Teilzeitbeschäftigungsmodelle auf freiwilliger Basis;
6. die Ausrichtung von Deutschkursen ausschließlich an Schüler, deren Aufenthalt in Deutschland nicht von kurzfristiger Natur ist;
7. die Anwerbung von Kollegen aus dem deutschsprachigen Ausland;
8. vermehrter Einsatz von externem Personal im Ganztagsbetrieb.

Begründung:

Die durch den Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo vorgestellten „Strategien für eine sichere Unterrichtsversorgung an Grund-, Mittel- und Förderschulen“ zeigten auf, dass es Handlungsbedarf für die Herausforderungen gibt, die auf die Lehrkräfte an diesen Schultypen zukommen. In den nächsten Jahren fehlen mindestens 1 400 Lehrkräfte. Die Tatsache, dass es trotz der Feststellung einer vermeintlich garantierten Unterrichtsversorgung zu dieser alarmierenden Zahl an benötigten Lehrkräften kommen konnte, legt das Versäumnis der Staatsregierung, rechtzeitig nachzusteuern, dar.

Das oben aufgezeigte pragmatische Konzept unterstützt die Entschärfung dieser bedrohlichen Situation.

Durch das Vorlegen konkreter Zahlen und Arbeitsrealitäten, durch das geschickte Nutzen bestehender Kapazitäten und außerschulischen Fachpersonals sowie durch die effizientere Gestaltung des Arbeitsalltags der Lehrkräfte wird ein nachhaltiger Ansatz geschaffen. Aktionistische Notstandsmaßnahmen, wie die durch den Staatsminister vorgelegten, darf und kann es in Zukunft nicht mehr geben.

Die aufgezeigten Maßnahmen sind dazu geeignet, die Bedingungen sowohl für die Lehrkräfte als auch für die Schüler in Zukunft zu verbessern.